59. Jahrgang. № 47. Dienstag, 16. Februar 1915.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- u. Montagen nur einmal) 2.40 M., durch auswärtige Annahmestellen bis 3.25 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5.45 Kr., Schweiz 5.65 Frks., Italien 7.17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Preise Annahme von Ankündigungen bis nachm. 5 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1.50 M. Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhte Preise. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25241.
Nachtanschluß: 20011.

Für Feinschmecker: Lobeck's Dreiring-Fondant-Schokolade, Dreiring-Rahm-Schokolade, Dreiring-Bitter-Schokolade, Dreiring-Kakao, Dessert.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Rasche Fortschritte der deutschen Offensive im Osten.

Erfolgreiche Verfolgungskämpfe jenseits der Masurischen Seen. — Besetzung von Racionz. — Französische Verluste in den Vogesen. — Räumung von Czernowitz durch die Russen. — Japanische Mobilisierungsmaßnahmen.

Der amtliche deutsche Schlachtbericht.

Großes Hauptquartier, 15. Februar 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich Ypern bei St. Eloi entrissen wir dem Feinde ein etwa 900 Meter langes Stück seiner Stellung. Gegenangriffe waren erfolglos. Ebenso mißlang ein Angriff des Gegners in der Gegend südwestlich La Bassée. Einige Dutzend Gefangene blieben in unseren Händen.

Den Vorgraben, den wir am Sudelkopf am 12. Februar verloren hatten, haben wir wieder genommen; aus Sengern im Lauchtale wurde der Feind geworfen. Den Ort Remspach räumte er darauf freiwillig.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich Tilsit wurde der Feind aus Piktupönen vertrieben und wird in Richtung auf Tauroggen weitergedrängt.

Diesseits und jenseits der Grenze östlich der Seenplatte dauern die Verfolgungskämpfe noch an. Ueberall schreiten unsere Truppen schnell vorwärts. Gegen feindliche, über Lomza vorgehende Kräfte stoßen deutsche Teile in der Gegend von Kolno vor.

Im Weichselgebiete gewannen wir weiter Boden. Racionz ist von uns besetzt. In den vorhergehenden Kämpfen wurden neben zahlreichen Gefangenen sechs Geschütze erobert.

In Polen links der Weichsel keine wesentliche Veränderung.

(W. T. B.) **Oberste Heeresleitung.**

Die amerikanischen Noten an Deutschland und England.

In gleicher Zeit wohl sind von der Regierung der Vereinigten Staaten Protestnoten in Berlin und in London überreicht worden. In London erhebt die amerikanische Regierung Vorstellungen wegen des Geheimerlasses der englischen Admiralität, durch den die englischen Schiffe angewiesen werden, im Falle der Gefahr eine neutrale Flagge zu setzen, in Berlin ersucht die amerikanische Regierung um Aufklärung über die Bekanntmachung des deutschen Admiralstabes. Die Note an England ist im vollständigen Wortlaut bisher nicht bekannt geworden, die Erörterung über beide Noten muß sich also Beschränkungen auferlegen, zumal auch die Uebermittlung der englischen Note durch das Reuterbureau unzuverlässig sein kann. Es scheint aber, daß sich die Regierung in Washington in ihrem Schreiben an die britische Regierung darauf beschränkt, der Besorgnis Ausdruck zu geben, daß die neutrale Schiffahrt durch das englische Vorgehen gefährdet werde. Man „erwartet" in Washington, „die britische Regierung werde alles tun, die englischen Schiffe von dem fälschlichen Gebrauch der Flagge der Vereinigten Staaten abzuhalten". Inwieweit diese Erwartung gerechtfertigt ist, muß die Zukunft lehren. Bisher war jedenfalls die englische Regierung weit entfernt, ihren bekannten Geheimerlaß zurückzunehmen, ja sie versuchte ihn mit allerhand Rechtsgründen zu verteidigen. In Washington ist man von der Triftigkeit der englischen Gründe nicht überzeugt, man hat es aber dennoch nicht für nötig gehalten — vorausgesetzt, daß der Sinn der Note vollständig wiedergegeben wurde —, die englische Regierung auf die Konsequenzen aufmerksam zu machen, die sich für die Vereinigten Staaten in dem Falle ergeben, daß die britische Regierung bei ihrem Erlaß beharrt. Ein Hinweis auf die Folgen des britischen Vorgehens hätte zweifellos dem amerikanischen Schritt in London ein größeres Gewicht verliehen. Es wäre für uns unerheblich, wie weit Herr Wilson in seiner Note an England gehen will oder nicht, wenn er nicht in der Note an die deutsche Regierung gleich von vornherein „ernstlich auf die sehr ernsten Folgen" hingewiesen hätte, die das deutsche Vorgehen für die Beziehungen der beiden Staaten haben könne. Das muß in Deutschland höchst befremdlich berühren und könnte Grund zu der Annahme geben, als wäre man in Washington der Ansicht, man könne Deutschland gegenüber einen anderen Ton anschlagen, als man ihn gegenüber England für gut und angemessen hielt. Jedenfalls wird Deutschland eine schwere Verantwortlichkeit zugeschoben, während die amerikanische Regierung England gegenüber nur Besorgnisse hegt. Wir stehen nicht an, zuzugeben, daß im übrigen die Regierung der Vereinigten Staaten sich bemüht hat, ihren Protest in möglichst höflicher und freundschaftlicher Form vorzubringen, und sind überzeugt, daß die deutsche Regierung in ihrer Antwort ebenfalls betont, daß es ihr daran liegt, die guten Beziehungen zu dem amerikanischen Volke aufrechtzuerhalten.

Die verbindliche Form, in die man in Washington den Protest zu kleiden bestrebt war, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Sache die Regierung der Vereinigten Staaten sich im Unrecht befindet, wenn sie Deutschland für eventuelle Verluste der amerikanischen Handelsschiffahrt in den englischen Gewässern verantwortlich machen will. Wenn in den Beziehungen der Vereinigten Staaten durch einen solchen Verlust eine „kritische Lage" entstände, so trägt daran nicht Deutschland, sondern England die Schuld. Denn England hat mit seiner methodischen Taktik der Aushungerung Deutschlands den von den Herren Wilson und Bryan in ihrer Note vermißten Präzedenzfall zu der Art von Seekriegsführung geschaffen, gegen die Amerika Protest erhebt. Das ist in der deutschen Denkschrift mit aller Klarheit dargelegt worden und kann nur wiederholt werden. Es handelt sich um keine Blockade Englands im alten Sinne des Wortes, sondern um eine Ausdehnung des Kriegsgebietes auf die britischen Gewässer. Das ist genau dasselbe, was England tat, als es die Nordsee als Kriegsgebiet erklärte. Damals fand man sich in Amerika nicht bewogen, darauf hinzuweisen, daß durch solche Maßnahmen der Tod eines amerikanischen Staatsbürgers verursacht werden könnte, und doch bestand diese Möglichkeit an und für sich auch. Denn ebenso wie nach dem 18. Februar in der Nähe der englischen Küste ein amerikanisches Schiff auf eine Mine laufen kann, war es möglich, daß bisher schon in der Nordsee durch englische Minen amerikanische Bürger an Leib und Leben geschädigt wurden. Wenn es nicht geschehen ist, wenn nur schwedische, dänische und norwegische Dampfer infolge der englischen Minen in die Luft flogen, so hat das eben darin seinen Grund, daß Amerika sich peinlich an die englische Bekanntmachung gehalten und die betreffenden Gewässer gemieden hat. Die deutsche Regierung erwartet von dem „neutralen" Amerika nichts anderes. Begeben sich aber die amerikanischen Schiffe in die Gefahr und kommen sie darin um, so ist es einzig und allein ihre eigene Schuld. Es heißt deshalb die deutsche Erklärung bewußt verkennen, wenn in der amerikanischen Note behauptet wird, Deutschland nehme für sich das Recht in Anspruch, „jedes Schiff anzugreifen und zu zerstören". Davon war, mit Verlaub, nicht die Rede. Der deutsche Admiralstab hat die fremden Schiffe nur gewarnt, das Kriegsgebiet zu betreten. Befolgen sie die Warnung, so wird von deutscher Seite alle mögliche Rücksicht genommen werden.

Was nun den englischen Flaggenmißbrauch anbetrifft, so ist es ganz klar, daß Amerika dafür Sorge zu tragen hat, daß es durch England des Schutzes, den ihm seine Flagge bisher gewährt hat, nicht beraubt wird. Das ist eine Sache, die einzig und allein England und die Vereinigten Staaten angeht, jedenfalls die amerikanische Forderung auf Durchsuchung der Schiffe nicht rechtfertigt. Auch in Washington wird es bekannt sein, daß schon vor mehr als Jahresfrist in England die Anweisung gegeben wurde, die Handelsschiffe im Kriegsfalle mit Geschützen auszurüsten. Ein Unterseeboot, das ein solches unter amerikanischer Flagge fahrendes englisches Handelsschiff erst anhalten und durchsuchen wollte, würde sich dadurch der größten Gefahr aussetzen. Die ganze Frage ist aber von dem Augenblick an entschieden, wo Amerika von England die Achtung vor dem Sternenbanner zweifelsfrei erreicht hat. Ist das der Fall, dann werden die deutschen Unterseebootskommandanten selbstverständlich nicht in die Lage kommen, „auf hoher See ein amerikanisches Schiff oder das Leben amerikanischer Staatsangehöriger zu vernichten."

Die Note, die der amerikanische Botschafter in Berlin überreicht hat, wendet sich also gegen eine Frage, die gar nicht aufzuwerfen war. Sie tut das mit vielen Versicherungen der Freundschaft, durch die aber die Drohungen nicht verdeckt werden können. Herr Wilson und sein Staatssekretär haben damit in Deutschland einen denkbar schlechten Eindruck hervorgerufen. Sie befinden sich in einem verhängnisvollen Irrtum, wenn sie des Glaubens sind, auf diese Weise die deutsche Regierung zu einer Aenderung ihrer Maßnahmen veranlassen zu können. Herr Wilson hat sich bei Beginn des Krieges zu dem Grundsatze ehrlicher Neutralität bekannt. Seitdem Granaten amerikanischen Ursprunges in deutsche Schützengräben fallen, hat man in Deutschland die Ueberzeugung, daß die Washingtoner Regierung von diesem Grundsatze abgewichen ist. Die Note, die am vergangenen Sonnabend Herr Gerard, der amerikanische Botschafter in Berlin, überreichte, kann uns letzten Endes in dieser Ueberzeugung nur bestärken.

*

Das Echo der amerikanischen Note in der deutschen Presse.

Die deutsche Presse weist die in der amerikanischen Note an uns gerichteten Zumutungen einmütig mit ruhiger sachlicher Entschiedenheit zurück. Es seien noch folgende Stimmen verzeichnet:

Die „Kreuz-Ztg." schreibt:

„Das deutsche Volk wird Form und Inhalt dieser an uns gerichteten Anfrage nicht vergessen können. Wie Amerika durch die einseitige Waffenlieferung an unsere Feinde diesen unseren blutigsten Existenzkrieg verlängert, so ruft es durch die Note den Eindruck hervor, als wolle es uns in den Arm fallen, wenn wir dem gegen uns geplanten Aushungerungskriege ein schleuniges Ende zu setzen suchen. Die Diplomatie mag nun die geeignete Form suchen, in der sie die gewünschten Aufklärungen geben will. Je kürzer, je bestimmter die Antwort ist, je ferner sie sich von dem Anschein hält, als hätten wir uns zu entschuldigen, um so mehr wird sie die Auffassung des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen. Aber wichtiger als alle Worte, die gewechselt werden, ist das andere, das Selbstverständliche. In der Sache hat sich seit dem 4. Februar nichts, aber auch gar nichts geändert. Der Entschluß, der damals bekanntgegeben wurde, ist uns durch Englands brutalen, gegen unsere Frauen und Kinder gerichteten Aushungerungskrieg vorgeschrieben worden. Er ist in allen seinen Teilen wohlerwogen. Ein Zurück in irgendeiner Beziehung gibt es nicht, und wer das Gegenteil zu erreichen sucht, der wird bei der deutschen Regierung und dem deutschen Volke, des sind wir gewiß, auf Granit beißen."

Die „Deutsche Tagesztg." äußert in einem zweiten Artikel: „Wie mitgeteilt wird, faßt man in London die amerikanische Note als ein Ultimatum an Deutschland auf. Dazu kommt, daß nach den vorliegenden telegraphischen Nachrichten aus London die amerikanische Note an die britische Regierung sich in ganz auffallender Weise im Tone von der an die Deutschen gerichteten Note abhebt. Die erstere öffnet angelegentlich mit hilfreicher Sorgfalt der großbritannischen Regierung eine bequeme Hintertür, indem sie durchblicken läßt, gegen einen „gelegentlichen Gebrauch der Flagge einer neutralen oder feindlichen Macht unter dem Druck einer Verfolgung" könne man nichts haben, sondern nur gegen eine „ausdrückliche Sanktionierung durch die kriegführende Regierung". Jener Satz und die folgenden beweisen sachlich nur, daß die Regierung zu Washington der großbritannischen räti, von einer ausdrücklichen Sanktionierung abzusehen und eine solche in Abrede zu stellen, denn gegen die gelegentliche Führung der falschen Flagge sei nichts einzuwenden. In allem liegt der weitere Rat an die großbritannische Regierung die Sache nunmehr einfach laufen zu lassen. Die Reedereien wissen ja, was sie zu tun haben. Kommt etwas vor, so leugnet die britische Regierung ab, die Reedereien auch und die Schiffskapitäne auch. Deutschland bekommt also auf jede Weise Unrecht. Bezeichnend für den Unterschied des Tones ist auch, daß die Regierung zu Washington Großbritannien gegenüber von einem „gewissen Maße der Verantwortung" spricht, wenn amerikanische Schiffe und Menschenleben infolge fälschlichen Gebrauchs der Vereinigten-Staaten-Flagge gefährdet werden sollten. Die amerikanische Note an Deutschland sprach dagegen von einer „unentschuldbaren Verletzung neutraler Rechte". Die Regierung zu Washington werde die deutsche Regierung für solche Handlungen ihrer Marinebehörden streng verantwortlich machen und alle Schritte tun, die zum Schutze amerikanischen Lebens und Eigentums und zur Sicherung des vollen Genusses der anerkannten Rechte auf hoher See für die Amerikaner erforderlich sind." — Solche Wendungen hätten sich für die illegalen Maßnahmen der britischen Admiralität gehört, nicht für die geplanten legalen und mit beinahe übertriebener Loyalität vorher angekündigten deutschen Schritte.

Auch die Wiener Presse teilt den gleichen Standpunkt. In der „N. Fr. Pr." heißt es: „Deutschland wird nicht zu schrecken sein. Es hat sicher nicht die geringste Absicht, einen Streit mit den Vereinigten Staaten anzufangen und die Zahl der Feinde zu vermehren. Aber das große deutsche Volk, das den Amerikanern niemals ein Haar gekrümmt hat, wird sich nicht einschüchtern lassen. Am nächsten Donnerstag werden die britischen Gewässer ein Kriegsgebiet sein."

Erfolglose französische Anstrengungen.

b. Die Anstrengungen der Franzosen, die von den Deutschen nordöstlich von Pont-à-Mousson errungenen Stellungen, die seit dem 8. Dezember von den Franzosen befestigt worden waren, wieder zu gewinnen, blieben erfolglos. Dadurch, daß sich die Deutschen im Besitze von Norroy-Lesmenils und dem sogenannten Montgnals befinden, ist, wie die französische Fachkritik betont, nicht nur Pont-à-Mousson den deutschen Geschützen widerstandslos ausgesetzt, sondern auch im Leprêtre-Schöft konnte den Franzosen jetzt schärfer als bisher zugesetzt werden.

Der unwiderstehliche deutsche Angriff.

Dem Berliner „Lok.-Anz." telegraphiert ein Korrespondent aus Genf: Nach französischem Zugeständnis sei der deutsche Angriff gegen das Gehölz von Souain trotz heftigem Schneetreiben von unwiderstehlicher Heftigkeit gewesen. Ein französisches Bataillon sei fast aufgerieben worden. (W. T. B.)

Frankreichs Abhängigkeit von England.

Die „Köln. Ztg." bespricht die immer stärker werdende Abhängigkeit Frankreichs von England. Man murre über die Art, wie die Engländer in den französischen Kanalstädten sich breit machen und sich zu Gebietern aufwerfen. Die Besorgnis, ob die Engländer Dünkirchen, Calais, Boulogne, wenn nicht gar Havre jemals wieder verlassen dürften, sei durchaus gerechtfertigt. (W. T. B.)

Englandfeindliche Bewegung in Petersburg.

b. Ueber Sofia wird aus Petersburg gemeldet, daß dort eine starke englandfeindliche Propaganda von Anhängern der äußersten Rechten betrieben werde. Der Duma-Abgeordnete Sawienko bekämpft diese Be-